

Pressemitteilung

Niedersachsens Verantwortung in den Koalitionsverhandlungen: Sozial-gerechter Klimaschutz als Schlüssel für eine zukunftsfähige Politik

Hannover, 29. März 2025 – Die Initiative NiedersachsenZero fordert die niedersächsischen Vertreter in den laufenden Koalitionsverhandlungen eindringlich auf, sich für einen ambitionierten und sozial-gerechten Klimaschutz auf Bundesebene einzusetzen. In einem Forderungspapier an die Bundestagsabgeordneten Jakob Blankenburg, Tilman Kuban, Olaf Lies und Johann Saathoff betont NiedersachsenZero, dass Niedersachsen eine besondere Verantwortung trägt, um die Klimaziele des Bundes und des Landes zu erreichen.

Dringlichkeit der Maßnahmen

Angesichts der unzureichenden Vorschläge aus den vorbereitenden Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen kritisiert NiedersachsenZero, dass weiterhin rückwärtsgewandte Ideen diskutiert werden. „Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit“, betont Peter Eckhoff. Die Klimaschutzziele des niedersächsischen Klimagesetzes sowie das im Grundgesetz verankerte Ziel der Klimaneutralität bis 2045 seien in Gefahr, wenn jetzt keine konkreten und verbindlichen Maßnahmen beschlossen werden.

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Die Initiative fordert, Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und entsprechende Maßnahmen auch gesetzlich zu verankern. Konkret fordert NiedersachsenZero:

- Die konsequente Umsetzung des Bundesklimaschutzgesetzes und Artikel 20a des Grundgesetzes, der den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen festschreibt.
- Nachhaltigkeitskriterien für staatliche Finanzhilfen und die Einführung eines Bundesnachhaltigkeitshaushalts.
- Eine klimagerechte Steuerpolitik, bei der klimaschädliche Subventionen abgebaut und einkommensschwache Haushalte gezielt unterstützt werden.
- Eine deutlich stärkere (finanzielle) Unterstützung von Kommunen und Ländern bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen

Demokratie, eine konstruktive Debattenkultur und Klimaschutz gehören zusammen:

„Klimaschutz kann nur in einer starken Demokratie funktionieren“, warnt Martin Hulpke-Wette und fordert die klare Abgrenzung von Parteien, die Klimaschutzmaßnahmen leugnen oder blockieren.

Appell an die Verhandler*innen

NiedersachsenZero ruft die niedersächsischen Bundestagsabgeordneten auf, sich in den Koalitionsverhandlungen mit Nachdruck für ambitionierte und gerechte Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen: „Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und Niedersachsen als Vorbild für eine sozial-gerechte Klimapolitik zu positionieren. Wir erwarten, dass unsere Vertreter in Berlin sich dieser Aufgabe stellen!“ fordert Karla Bauszus.

Für Rückfragen und weitere Informationen steht NiedersachsenZero zur Verfügung:

Kontakt: Karla Bauszus

E-Mail: forderungen@niedersachsenzero.de

Telefonnummer: 015758475286